

Regierungsrat

Rathaus / Barfüssergasse 24
4509 Solothurn
www.so.ch

Bundesamt für Sozialversicherungen
Effingerstrasse 20
3003 Bern

19. Februar 2019

18.441 Parlamentarische Initiative. Indirekter Gegenentwurf zur Vaterschaftsurlaubs-Initiative

Sehr geehrte Damen und Herren

Sie haben uns mit Schreiben vom 16. November 2018 einen Entwurf zur Änderung des Bundesgesetzes über den Erwerbsersatz für Dienstleistende und bei Mutterschaft (EOG) zur Vernehmlassung zugestellt. Die Änderung sieht im Wesentlichen die Einführung eines zweiwöchigen Vaterschaftsurlaubes vor, der vom Vater innerhalb von sechs Monaten ab der Geburt am Stück oder tageweise bezogen werden kann. Die Finanzierung erfolgt wie die Mutterschaftsentschädigung über die Erwerbsersatzordnung.

Einerseits stellen wir fest, dass der geplante Vaterschaftsurlaub zusätzliche Kosten und einen höheren administrativen Aufwand verursacht. Bei Annahme der Vaterschaftsurlaubsinitiative wären diese negativen Auswirkungen jedoch grösser.

Andererseits entspricht die Einführung eines Vaterschaftsurlaubes aktuellen gesellschaftlichen Bedürfnissen. Die Attraktivität des Arbeitsmarkts Schweiz wird dadurch verbessert. Auch die Leistungsfähigkeit und Motivation der betroffenen Arbeitskräfte dürfte gefördert werden. Die Finanzierung über die Erwerbsersatzordnung begrüssen wir.

Insgesamt überwiegen für uns die positiven Auswirkungen. Gerne teilen wir Ihnen daher mit, dass die vorgesehene Anpassung des EOG aus unserer Sicht plausibel und nachvollziehbar ist und wir Ihnen somit keine Änderungsanträge unterbreiten.

Für die gebotene Möglichkeit zur Stellungnahme danken wir Ihnen bestens.

IM NAMEN DES REGIERUNGSRATES

sig. Roland Fürst
Landammann

sig. Andreas Eng
Staatsschreiber